



Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE

Antragsdatum: 10.01.2022

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	 19.01.2022 26.01.2022

Antragsgegenstand:

Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern von Cottbus/Chósebuz

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung geeignete Formate des direkten Austausches zwischen Cottbuserinnen und Cottbusern mit der Haupt- und ehrenamtlichen Stadtverwaltung zu entwickeln. Hierbei ist die Evaluierung bisheriger Bürgerdialoge zu berücksichtigen.

In den Austausch sollen die aktuellen Themen, Sorgen und Fragestellungen der Cottbuserinnen und Cottbuser aufgenommen werden.

Fraktionsvorsitzender SPD

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Beschlussniederschrift

Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Begründung:

Das Corona-Virus hat tiefgreifende Spuren nicht nur in der Welt, in Europa und in Deutschland, sondern auch in Cottbus hinterlassen. Es gibt Cottbuserinnen und Cottbuser, die Corona als Bedrohung auffassen, sich impfen lassen und für das Impfen möglichst vieler Cottbuserinnen und Cottbuser werben und sich an die Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung halten. Es gibt Cottbuserinnen und Cottbuser, die Corona nicht als Bedrohung auffassen, dafür aber die Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung als Bedrohung ihrer Lebensweise und ihrer Freiheit begreifen. Es gibt Cottbuserinnen und Cottbuser, die tief verunsichert sind und sich weder eindeutig der einen oder der anderen Seite zuordnen wollen.

Die Stadt Cottbus kann die politische Lage, die über die kommunale Ebene hinausgeht, nur bedingt beeinflussen. Für das weitere Zusammenleben der Cottbuserinnen und Cottbuser ist es aber von zentraler Bedeutung, dass zwischen den verschiedenen Gruppen die Gesprächsfähigkeit gewährleistet wird. Hierfür ist es notwendig, im ersten Schritt das notwendige Vertrauen wiederherzustellen, dass einerseits die Sorgen und Nöte in geeigneter Art und Weise gesammelt und dargestellt werden. Andererseits müssen die Cottbuserinnen und Cottbuser aber auch die Sicherheit haben, dass sie ihre Meinung mitteilen können, ohne sofort dem Druck anderer Menschen ausgesetzt zu sein. Kritik an den Impfungen und Maßnahmen sollen genauso wie deren Unterstützung mitgeteilt werden können. Auch unentschiedene Menschen sollen mitteilen können, was sie bewegt, ohne dass ihnen unmittelbar eine Reaktion widerfährt.